

## **ÄNDERUNGSANTRAG**

**der Fraktion der FDP**

**zu dem Antrag der Fraktion der FDP**  
**- Drucksache 8/3749 -**

### **Entlastung der Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen**

Der Landtag möge beschließen:

Der Ziffer II werden die folgenden Nummern 6 und 7 angefügt:

- „6. sich auf Bundes- und europäischer Ebene für die Abschaffung des subsidiären Schutzes und die Umsetzung von erweiterten Schutzkonzepten in den Konfliktregionen einzusetzen.
7. auf Bundesebene und auf Ebene der Europäischen Union eine offene Debatte über die Ausgestaltung des subsidiären Schutzstatus zu initiieren und zu fördern.“

**René Domke und Fraktion**

**Begründung:**

Es ist eine vernünftige Errungenschaft der Ampelregierung, dass jede Person mit subsidiärem Schutz in Deutschland Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt hat. Wer sich aber nicht integrieren will, kriminell wird oder Probleme mit unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung, unseren Werten und Grundrechten hat, für den müssen wir härtere Maßnahmen diskutieren.

Es ist allerdings auch wichtig, ehrlich und offen über härtere Maßnahmen zu diskutieren, für all diejenigen, die nicht gewillt sind, sich zu integrieren, kriminell werden oder Probleme mit unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung haben. Besonders im Hinblick auf die Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten sollte ein solch offener Diskurs geführt werden.

Zumindest müssen wir jederzeit in der Lage sein, einen gebotenen Schutz auch wieder zu entziehen, jedenfalls dann, wenn er dafür genutzt wird, die gewährende Gesellschaft zu attackieren.